Ä1 Sicherung der Gemeinwohlorientierung der HHLA und Prüfung von geeigneten Maßnahmen zur Umsetzung der Ziele aus dem Hafenentwicklungsplan - Keine Übertragung und kein Verkauf von (weiteren) HHLA-Anteilen der HGV

Antragsteller*in: Landesvorstand GRÜNE Hamburg
Beschlussdatum: 11.04.2024

Titel

Ändern in:
Globalalternative zu A01: MSC-Beteiligung an der HHLA: GRÜNE Perspektive auf die geplante Zusammenarbeit und Wege für ökologische und wirtschaftliche Stärke des Hafens

Änderungsantrag zu A01

Die Fläche und die vorhandenen Infrastrukturen des Hamburger Hafens beinhalten vielfältige Herausforderungen und Potenziale zugleich. Wir wollen die Nutzung der Hafenflächen intensivieren und ökologisieren, die Nutzung der Flächen besser in den Einklang mit der Umwelt bringen, ohne dass dabei die hafenwirtschaftlich nötige Flexibilität verloren gehen darf. Wir Grüne wollen in weiteren Prozessen eine pro-aktive Hafenstrategie eng mit den zuständigen Mitgliedern in der Bürgerschaft und dem Senat weiterentwickeln und im Regierungsprogramm 2025 festhalten.

In diesem Sinne soll der Hamburger Hafen als wirtschaftliches Rückgrat unserer Stadt weiterhin zukunftsfähig aufgestellt bleiben. Dazu haben wir uns als GRÜNE klar positioniert (s. Leitantrag von Juni 2023 „Zukunft der Wirtschaft in Hamburg - Nachhaltig, Innovativ, Erfolgreich!“). Die politische Unterstützung des Hafens und der im Hafen ansässigen Schifffahrts-, Logistik- und Industrieunternehmen ist ein entscheidender Hebel zum Erreichen seiner Klimaneutralität. Wir müssen die Hafenareale zum Dreh- und Angelpunkt für erneuerbare Energien und die Industrie 4.0 entwickeln. Mit dem Innovationshafen 2040 sichern wir die wirtschaftliche Basis für die sozial-ökologische Transformation. Wir arbeiten fortlaufend an konkreten Maßnahmen für die Umsetzung und fordern Senator*innen dazu auf, in allen anstehenden Entscheidungen unsere grüne Position für einen digitalen und ökologischen Zukunftskurs des Hafens einzubringen.

Der Hafen Hamburg ist ein Universalhafen, mit zahlreichen, unterschiedlich zukunftsfesten Segmenten (Container-Umschlag, Energieimport, Kreuzfahrt, Massengüter, Grundstoff- und Fertigungsindustrie, Logistik, E-Commerce u.a.). Das Segment Container-Umschlag, früher einziger Parameter für den Erfolg des Hafens, ist in Hamburg als Geschäftszweig in den letzten fünfzehn Jahren im Vergleich zu den vermeintlichen Konkurrenzhäfen ins Strudeln geraten, trotz den von uns kritisierten Elbvertiefungen. Im Vergleich mit anderen Häfen hat Hamburg stark an Umschlag verloren und es ist nicht absehbar, dass sich dieser Trend von alleine umkehrt. Dem Vorhaben des Senats, mit MSC einen weiteren Akteur an den Hafen zu binden und damit zusätzliches Containervolumen, als einen von vielen Bausteinen eines zukunftsfesten Hafens, sowie Jobs nach Hamburg zu holen, stehen wir grundsätzlich offen gegenüber und begleiten den weiteren Prozess kritisch (siehe dazu Beschluss des Landesausschusses vom 7. November 2023 „Einbringung der HHLA Anteile der Stadt Hamburg in ein gemeinsames Joint Venture mit der MSC Mediterranean Shipping Company S.A. – Voraussetzungen für eine fundierte Entscheidung der Hamburger Bürgerschaft schaffen“).

Positiv bewerten wir die Tatsache, dass Hamburg weiterhin Mehrheitsaktionär des geplanten gemeinsamen Joint Ventures bleiben soll und dieses auch in den zukünftigen Führungsstrukturen bei der HHLA und der Port of Hamburg Beteiligungsgesellschaft SE abgebildet wird. Ein mehrheitlicher Verkauf der HHLA an Dritte, für den sich wohl einige Wettbewerber interessiert hatten, ist für uns

GRÜNE ausgeschlossen. Wir bestehen jetzt und in Zukunft darauf, über die mehrheitliche Beteiligung im Zweifelsfall die Steuerung kritischer Infrastruktur in der Hand zu halten.

Als GRÜNE Hamburg ist es uns wichtig, dass die zukünftigen Eigentümerstrukturen konsequent an den Interessen der Hansestadt Hamburg als Eigentümerin unter Berücksichtigung der angemessenen Vertretung der Mitarbeitenden ausgerichtet sind. Wir begrüßen, dass in der nun geplanten Konstruktion kein externer Mitgesellschafter unmittelbar Aktien an der HHLA besitzt. Damit verzichtet MSC zunächst einmal auf die grundlegenden Rechte, die sich aus dem Besitz von knapp 49 % der Aktien an der HHLA ergeben würden. Stattdessen sind die Mitbestimmungsrechte des neuen Gesellschafters in Verträgen mit der Stadt so geregelt, dass die oben genannten Interessen voll umfänglich gewahrt sind. Die neue Port of Hamburg SE tritt gegenüber der HHLA als einziger Gesellschafter auf und wird gegenüber der HHLA immer mit einer Stimme sprechen. Für die Grüne Partei Hamburg ist klar, dass die nun gewählte Unternehmensform auf die vereinbarten Regelungen in Interesse der Stadt und der Beschäftigten keinerlei Einfluss nehmen darf.

Entscheidende Faktoren für die Beteiligung von MSC an der HHLA sind für uns vor allem, die Sicherung der Arbeitnehmer*innenrechte und der betrieblichen Mitbestimmung, die Verbindlichkeit der Investitionszusagen der Partner, die wirtschaftliche Perspektive für die Entwicklung der HHLA, die Sicherung der Zugänglichkeit der Hamburger Terminals für alle Wettbewerbsteilnehmer und vor allem die Exit-Optionen. Wir GRÜNE blicken kritisch auf private Beteiligungen an öffentlichen Unternehmen und sichern die Exit-Optionen ab und stellen so sicher, dass wirtschaftlicher Schaden von der Stadt abgewendet wird. Einen Ausverkauf wird es mit uns GRÜNE nicht geben.

Wir fordern daher die GRÜNE Bürgerschaftsfraktion und die Senator*innen dazu auf, mit Blick auf die angeführten Aspekte (v.a. Arbeitsplatzsicherheit, betriebliche Mitbestimmung, wirtschaftliche Sinnhaftigkeit aus volkswirtschaftlicher Perspektive, Preisbildung, Ökologisierung, Exit-Optionen), die strategische Partnerschaft des Senats mit MSC zum Betrieb der HHLA AG sowie deren Modernisierung und Neuaufstellung der Terminals, kritisch und ausführlich zu prüfen, Chancen und Risiken abzuwägen und maximale Sicherheiten für die Stadt und Beschäftigte einzufordern. Ferner muss vertraglich gewährleistet sein, dass die Stadt und der Senat auch in Zukunft in allen maßgeblichen Entscheidungen eingebunden sind. Zudem fordert die Landesmitgliederversammlung den Senat auf, auf Basis der kürzlich vom Bund beschlossenen nationalen Hafenstrategie die Bemühungen um eine intensivere Zusammenarbeit mit den anderen Bundesländern für eine koordinierte norddeutsche Hafenpolitik zu verstärken.